

Frau Jung erläuterte den Prüfantrag der FDP-Fraktion. Die FDP-Fraktion hätte Sorge, dass es einen Flickenteppich geben würde und das Stadtentwicklungskonzept nicht in seiner Konzeption umgesetzt werden könne.

Der Bürgermeister wies daraufhin, dass am nächsten Tag die FlüAG-Sitzung wäre und Teile dieses Antrags dort bereits besprochen würden.

Frau Bergmann-Gries sagte, dass es der Dringlichkeit geschuldet wäre, dass ihre Fraktion dem Standort Butterberg zugestimmt habe genauso, wie sie überhaupt nicht mehr infrage stellen wolle, dass auf dem Sportplatz in Niederpleis Unterkünfte errichtet würden. Die Wohnsituation von vielen Flüchtlingen wäre so, dass sie einfach nur wolle, dass die Flüchtlinge schnell in eine feste Unterkunft kämen und die Turnhallen wieder ihren sportlichen Zwecken zugeführt werden könnten. Sie möchte nochmal bestätigt bekommen, dass das am Butterberg sehr schnell zu realisieren wäre. Sie fragte nach, wie die Verwaltung das Areal Butterberg unter der für sie neuen Epoche des sozialen Wohnungsbaus sieht und welche Möglichkeiten die Verwaltung sieht, aus diesen Unterkünften mal etwas anderes zu machen.

Der Bürgermeister antwortet dazu, dass diese Fragen noch geprüft würden und dass es dazu weitere Ausführungen in der FlüAG Sitzung am nächsten Tag gebe. Nach heutigem Stand wäre der Standort Butterberg dringend notwendig.

Herr Metz sagte, dass Leitmotiv „dezentrale Unterbringung“ wäre von ihnen allen sehr lange hochgehalten worden. Alleine aufgrund der faktischen Probleme hätten sie vermutlich alle gleich schweren Herzens dem Standort Butterberg und dem Bau der Unterkünfte auf dem alten Sportplatz in Niederpleis zugestimmt. Darüber hinaus müsse aber geprüft werden, wo zukünftig weitere Unterkünfte gebaut werden könnten. Sie würden sich daher dem Prüfauftrag anschließen und dem Antrag beitreten.

Herr Schmitz-Porten sagte, dass es Ihnen wichtig wäre die Verwaltung bei ihrer schwierigen Aufgabe, die großen Flüchtlingszuströme adäquat unterzubringen, zu unterstützen. Deswegen wäre für sie die Vorlage im letzten HAFA schlüssig gewesen und sie hätten dieser zugestimmt. Ihnen wäre wichtig jetzt keine Rolle rückwärts zu machen. Wenn dieser Antrag als Ergänzung zu der derzeitigen Beschlusslage zu verstehen wäre, dann könne die SPD-Fraktion diesem Antrag uneingeschränkt zustimmen.

Herr Köhler störte bei dem Antrag, dass so zwischen den Zeilen die Absicht stünde, die bisherige Beschlusslage zum Butterberg zu revidieren. Wenn sie den Prognosen Glauben schenken würden, dass Sankt Augustin bis August 2016 noch mal mindestens 1200 Flüchtlinge zugewiesen bekäme, dann würden sie noch 3 oder 4 weitere solcher Standorte, wie sie für das alte Waldstadion in Niederpleis bereits beschlossen hätten, benötigen. Butterberg wäre der nächste Standort, zu dem die Verwaltung gesagt hätte, wo schnell etwas realisiert werden könne. Der Inhalt dieses Antrages solle in der FlüAG am nächsten Tag besprochen werden, ohne diesen Antrag in diesem HAFA zu beschließen.

Frau Jung entgegnete, dass natürlich ein Zweifel, ob der Butterberg der richtige Standort für den Bau von 300 Unterkünften sei, zwischen den Zeilen dieses Antrages zu erkennen wäre. Aber wenn die Verwaltung zu dem Ergebnis käme, dass dieser Standort genommen werden müsse, dann stände sie zu ihrem Beschluss. Der Antrag wäre lediglich ein Prüfantrag.

Der Bürgermeister betonte, mit der Ausnahmegenehmigung könnten am Butterberg Flüchtlingsunterkünfte errichtet werden, aber es könne dort kein sozialer Wohnungsbau realisiert werden.

Herr Schell gab zu bedenken, dass nach den aktuellen Prognosen mit einer monatlichen Zuweisung von 200 Flüchtlingen zu rechnen wäre. Sie würden sich von der Dezentralität nicht verabschieden, aber sie müssten bei der Dezentralität in größeren Einheiten denken. Kleinere Einheiten wären nicht so effektiv und erforderten einen erhöhten Betreuungsaufwand der Menschen. Mit dem vorliegenden Prüfauftrag solle man erst mal warten, was in der nächsten FlüAG dazu gesagt würde. Er wäre daher der Meinung, dass man den vorliegenden Antrag in dieser Form nicht stellen sollte.

Herr Waldärtl betonte nochmal, dass sie alle dazu stehen würden, was sie in der letzten HAFA Sitzung beschlossen hätten. Er glaube, dass der vorliegende Antrag dem nicht widerspräche. Der Wirtschaftsbeirat habe am gestrigen Tag zum ersten Mal getagt und der Butterberg wäre da auch ein Thema gewesen. Für die Butterbergplanung wäre ein Zeithorizont von 10 plus Jahren genannt worden und es wäre signalisiert worden, dass diese Planung mit dem vorliegenden Beschluss vereinbar wäre.

Frau Feld-Wielpütz bat die Verwaltung kurz zusammenzufassen, was bislang geprüft und geplant worden wäre und wünschte, dass die Sitzung danach für eine kurze Rückkopplung innerhalb der Fraktion unterbrochen werde.

Der Bürgermeister fasste noch mal zusammen, dass neben der derzeit für Niederpleis beschlossenen Unterkunft für 300 Flüchtlinge noch vier weitere Grundstücke gleicher Größenordnung benötigt würden. Das wäre die Berechnung bis August 2016 ohne Nachzug. Es wäre jetzt nicht alles abschließend geprüft. Sie hätten kein Problem damit in einer Prüfung nochmal deutlich zu machen, was verträglich und notwendig sei. Die Verwaltung hätte den Antrag so verstanden, dass das keine Ablehnung des Butterbergs wäre, sondern trotz wirtschaftlicher Erwägungen und ähnlichem der Butterberg genommen würde und das würde dann genauso gelten, wenn sie in Nachbarschaftsbereiche gingen, wo die Nachbarn direkt links und rechts wohnen würden.

Herr Metz bekräftigte noch mal den Sinn dieses Antrages.

Frau Jung bestätigte, dass dieser Antrag ein Prüfauftrag wäre zu dem, was ihnen schon bekannt wäre.

Die Sitzung wurde dann auf Wunsch der CDU-Fraktion von 19.50 Uhr bis 20.00 Uhr unterbrochen.

Nach der Unterbrechung berichtete Herr Schell, dass die CDU dem Antrag zustimmen würde. Sie würden gleichzeitig darum bitten, ob es möglich wäre, dass die FlüAG wieder montags vor den Fraktionssitzungen tagen würde.

Herr Köhler erklärte, dass er sich enthalten würde, weil das, was in diesem Antrag stehe, sowieso Aufgabe der Verwaltung wäre und diese diesen Auftrag auch ohnehin als gegeben erkennen würde.

Herr Schell fragte noch nach, wie schnell die Beantwortung dieser Prüfungen erfolgen würde.

Der Bürgermeister sagte zu, dass das so schnell wie möglich erfolgen würde. Vieles würde sich höchstwahrscheinlich schon aus den Protokollierungen zu der FlüAG Sitzung am nächsten Tag ergeben.

Dann fasste der Ausschuss folgenden Beschluss: